

V. Ermittlung des einmaligen Freibetrags

IV. weitere laufende monatliche Geldleistungen

III. Ermittlung des pfändbaren Grundfreibetrags

II. Beschreibung der Pfändung

I. Beschreibung der Pfändung

Einmalige Freibeträge

Monatlicher Gesamtfreibetrag

Einmalige Sozialleistungen (§ 902 Satz 1 Nr. 2, 3 SGB II)

Einmalige Geldleistungen für den Schuldner selbst nach Landes- und bundesrechtlich

Nachzahlung laufend

Kind 1 geboren im Monat/ Jahr

Kind 2 geboren im Monat/ Jahr

Kind 3 geboren im Monat/ Jahr

Kind 4 geboren im Monat/ Jahr

Kind 5 geboren im Monat/ Jahr

weitere Kinder (Anzahl) 3

Andere gesetzliche Rentenversicherung (§ 902 Satz 1 Nr. 5 ZPO)

in Höhe

in Höhe

in Höhe

in Höhe

in Höhe

Geschäftsstelle des Trägers:

AWO Kreisverband Spandau e.V.

Rodensteinstr. 11

13593 Berlin

Tel.: 030 / 565 99 00 0

Fax: 030 / 565 99 00 20

info@awo-spandau.de

www.awo-spandau.de

Schuldner- und Insolvenzberatung

Leiterin: Sabine Börner

Betckestr. 7

13595 Berlin

Tel.: 030 / 36 28 38 66

Fax: 030 / 36 28 38 68

E-Mail: verwaltung@awo-spandau-sib.de

Website: www.awo-spandau.de/beratung

Telefonische Erreichbarkeit (Sekretariat):

Mo. / Fr. 09:00 – 12:00 Uhr

Di. 09:00 – 11:00 Uhr

Mi. / Do. 11:00 – 12:00 Uhr

Unsere Angebote sind kostenlos und vertraulich.

Beschreibung der Pfändung

von der Pfändung nach § 903 Abs. 1 ZPO über die gemäß § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO

Name: Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Spandau e.V.

Strasse: Betckestr.

Postleitzahl: 13595

Ort: Berlin

Die Beschreibung wird erteilt als

geeignete Stelle gemäß § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO

Anerkennende Behörde/ Gericht: Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin

Datum des Bescheides: 23.12.1998

Arbeitsgeber: Sozialleistungsträger

Kontohaberin: Sozialleistungsträger

Anschluß: sonstiger Leistungs

Kreditinstitut: Kreditinstitut

Kontonummer oder IBAN: Grundfreibetrag

Ein Kooperationsprojekt der Arbeiterwohlfahrt mit dem Bezirksamt Spandau

Wir sind eine von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin anerkannte Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle im Sinne des § 305 InsO.

Unsere Beratungsstelle ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e. V.



Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Spandau e.V.

Schuldner- und Insolvenzberatung:

P-Konto Sprechstunde

Mittwoch 9 – 11 Uhr

Pfändungstabelle

UNSER ANGEBOT

Beratung zum Pfändungsschutzkonto (P-Konto)

Bescheinigung individueller Freibeträge sowie:

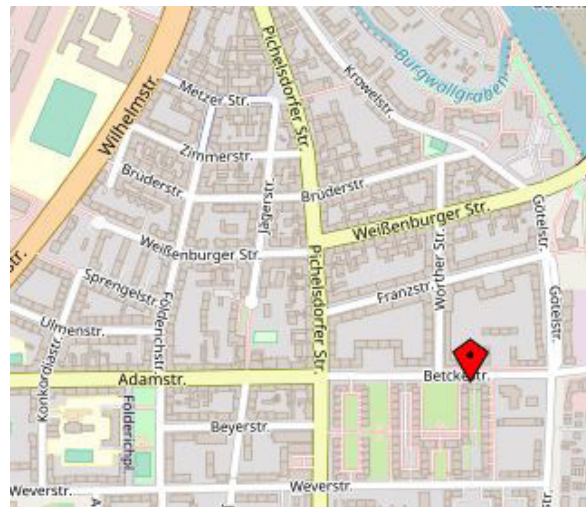
- Kindergeld sowie Sozialleistungen für Kinder (z. B. Kinderzuschlag)
- einmalige Sozialleistungen (z. B. für Erstaussstattungen)
- Geldleistungen der Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“
- wiederkehrende Geldleistungen zum Ausgleich des durch einen Körper- oder Gesundheitsschaden bedingten Mehraufwandes (z. B. Pflegegeld)
- Nachzahlung laufender Geldleistungen (SGB III/ XII, AsylbLG, Kindergeld, andere Geldleistungen für Kinder und nach landes- und bundesrechtlichen Recht)
- Nachzahlung sonstiger laufender Geldleistungen nach dem SGB oder Arbeitseinkommen bis 500 €

Enthält dieser Text Begriffe, die Sie nicht kennen? Unter folgendem Link erreichen Sie das **Schulden-Wörter-Buch in Leichter Sprache** der Volkssolidarität: <https://kurzelinks.de/znky>

BITTE LEGEN SIE UNS FOLGENDE UNTERLAGEN VOR:

- Bescheide über Sozialleistungen (z. B. ALG II, Sozialhilfe, Kindergeld, Pflegegeld, einmalige Sozialleistungen, Nachzahlungen)
- Kontoauszug mit Eingang der entsprechenden Zahlung (z. B. Kindergeld / Sozialleistung)
- Nachweise über geleistete Unterhaltszahlungen (6 Monate)
- Unterhaltstitel / Unterhaltsvereinbarungen
- Haushaltsbescheinigung oder anderen Nachweis über in Ihrem Haushalt lebende Angehörige
- Geburtsurkunden der Kinder
- Personalausweis / Pass

HIER FINDEN SIE UNS:



Daten von OpenStreetMap – Veröffentlicht unter ODbL

ACHTUNG!

Seit dem 01.07.2025 ist die Pfändungsfreigrenze erhöht worden.

Auf dem P-Konto besteht automatisch ein Kontopfändungsschutz über einen Sockelbetrag von **1.560,00 Euro**.

Wir, die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle, können Ihnen folgende erhöhte Sockelbeträge bescheinigen:

- 2.145,23 € bei einer Unterhaltspflicht
- 2.471,27 € bei zwei Unterhaltspflichten
- 2.797,31 € bei drei Unterhaltspflichten
- 3.123,35 € bei vier Unterhaltspflichten
- 3.449,39 € bei fünf u. mehr Unterhaltspflichten

